

Hamburg, den 08. Juli 2010

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **MIT Hamburg: Derzeitige Volksgesetzgebung ist eine Gefahr für den Standort Hamburg**

Beim Bürgerentscheid über den Bau eines Kontorhauses an der Hoheluft in Eimsbüttel hat eine Minderheit der Eimsbütteler gegen das Bauprojekt gestimmt. Trotzdem stellten sie die Mehrheit bei der Abstimmung. 68,66 Prozent der 45.183 Wähler haben sich bei der Stichfrage für die Vorlage des Bürgerbegehrens der Isebek-Initiative entschieden und gegen die Bebauungsvorlage des Bezirksamtes.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Hamburg (MIT) bedauert die Ablehnung der Bebauung am U-Bahnhof Hoheluft sehr und fordert als Konsequenz höhere Quoren in der Volksgesetzgebung.

„Die Entscheidung zeigt, dass die derzeitige Volksgesetzgebung geändert werden muss. Die Bebauung mit dem geplanten Kontorhaus wäre ein natur- und umweltverträgliches sowie stadtbildnerisch sinnvolles Vorhaben gewesen. Selbst der Naturschutzbund war dafür. Stattdessen bleibt jetzt ein unschöner Schandfleck im Zentrum Eimsbüttels“, sagt Hjalmar Stemmann MdHB, Landesvorsitzender der MIT Hamburg.

Die MIT sieht den Standort Hamburg durch die derzeitige Volksgesetzgebung in Gefahr, denn schon sehr kleine Wählergruppen können mit ihren sehr spezifischen Interessen wichtige städtebauliche Entwicklungen in den Stadtteilen aufhalten.

„Hier konnte eine Minderheit von rund 16% der Eimsbütteler (31.023 von 194.000) ihre eigenen Interessen durchsetzen. Wir brauchen darum deutlich höhere Quoren,“ so Stemmann. Diese sollten sich an der Wahlbeteiligung zu den Bezirkswahlen bzw. Bürgerschaftswahlen orientieren. Das hätte in diesem Fall eine Zustimmung von zumindest rd. 62.000 Bürgern bedeutet.

V.i.S.d.P.: Thomas Klömmer, MIT-Landesgeschäftsführer